



Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung,
sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Zum Haushaltsentwurf.

Der Ordner zum Haushaltsentwurf enthält 657 eng beschriebene DIN A4-Seiten. Wenn Sie jetzt glauben, dass in dem Zahlenwerk alles enthalten ist, was wir für eine verantwortungsvolle, ausgewogene und risikobewusste Haushaltspolitik benötigen, muss ich Sie leider enttäuschen.

Die Verwaltung hat sich immer gerne damit gebrüstet, dass sie besonders fortschrittlich gewesen sei und als eine der ersten Kommunen Hessens die Doppik eingeführt hätte.

Das ist wohl richtig, hilft uns aber nicht wirklich. Denn leider stecken wir immer noch in den Kinderschuhen und müssen auf Basis von veralteten und teilweise falschen Daten über einen Ergebnishaushalt in der Größenordnung von € 56 Mio. entscheiden.

Liebe Bürgerinnen und Bürger, das ist Ihr Geld. Die UBP möchte verantwortungsvoll damit umgehen. Doch leider müssen wir feststellen, dass das vorliegende Zahlenmaterial eine völlig unzureichende Informationsbasis für die Verabschiedung eines Haushalts in der genannten Größenordnung ist.

Lassen Sie mich dies kurz erläutern:

Der Haushalt einer Kommune besteht im Normalfall aus drei Komponenten:

Aus der Bilanz, also der Gegenüberstellung von Vermögen und Verbindlichkeiten. Die Differenz ist das Eigenkapital. Zum Vermögen der Stadt gehören z. B. Grundstücke, Gebäude, Straßen und Maschinen. Dieses Vermögen wird mit Eigen- und/oder Fremdkapital finanziert. Wenn Steuern, Beiträge und Gebühren nicht ausreichen und auch nicht genügend Zuschüsse von Bund, Land oder vom Kreis fließen, müssen uns Banken und Sparkassen mit Krediten unter die Arme greifen.

Aus der Ergebnisrechnung, in der alle Erträge und Aufwendungen erfasst werden.

Aus dem Finanzhaushalt. Dies ist vereinfacht gesprochen das Kassenbuch der Stadt.

Der Haushaltsansatz 2017 basiert - wie auch in den Vorjahren - nur auf Planzahlen. Gemäß §112 HGO wäre der Abschluss des Jahres 2015 Grundlage für den vorliegenden Haushaltsentwurf.

Zu unserem großen Bedauern können wir nur auf den letzten geprüften Jahresabschluss aus dem Jahr 2010 zurückgreifen. Seit 2010 wurden Vermögenswerte in Höhe von ca. 20 Millionen Euro vernichtet.

Welche Vermögenswerte?

Rund 10 Millionen entfallen auf die Sonderabschreibungen des Bade- und Saunaparks und Wertberichtigungen von Finanzanlagen. Dazu kommen rund 10 Millionen aus jährlichen Verlusten, die dadurch entstanden, dass wir immer wieder über unsere finanziellen Verhältnisse gelebt haben.

Um es kurz zu machen. Die Ausgaben sind viel zu spät an die Einnahmen angepasst worden. Wer mehr ausgibt als er einnimmt, muss eben Schulden machen und das hat die Stadt überreichlich getan. Der Schuldenberg stieg von 20 Mio. im Dezember 2008 auf 71 Mio. Ende 2015 und wird voraussichtlich € 90 Mio. am Ende des Haushaltsjahres 2017 übersteigen. Anstatt frühzeitig die Reißleine zu ziehen, wurde starr an einer überzogenen und großzügigen Ausgabenpolitik festgehalten.

Nicht zuletzt aufgrund des Drucks durch die Kommunalaufsicht sind wir dieses Jahr gezwungen einen ausgeglichenen Haushalt für 2017 vorzulegen.

In vielen Segmenten arbeitet die Verwaltung IT technisch noch im Mittelalter. Unter diesen Bedingungen ist es eine Herausforderung die Personalkapazitäten so einzusetzen, dass wir als Dienstleister für den Bürger einen optimalen Service liefern können. Wer nicht weiß, wie viele Kinder in Krippen oder Kitas betreut werden sollen, kann auch nicht sagen, welche räumlichen und personellen Kapazitäten vorgehalten werden müssen. Fehlinvestitionen sind vorprogrammiert, wenn die Datenlage unzureichend ist.

Die meisten Mitglieder dieser im März gewählten Stadtverordnetenversammlung, so auch ich, haben es erstmals mit einem Haushaltsentwurf zu tun, auf den sie selbst Ein-

fluss nehmen können. Am Ende aller Diskussionen müssen wir über ihn abstimmen und übernehmen damit erstmals die Verantwortung für die Finanzplanung unserer Stadt.

Die UB hat sich die Arbeit rund um den Haushalt 2017 nicht leichtgemacht. Wir nehmen unsere Aufgaben sehr ernst. Wir fühlen uns dem Bürger gegenüber verpflichtet, sparsam und zielführend die uns anvertrauten Mittel zum Wohle der Stadt einzusetzen. Wir sind bereit Verantwortung zu übernehmen.

Der vorliegende Haushaltsentwurf 2017 basiert auf

- einer geprüften Bilanz für das Jahr 2010.
- einer geprüften Bilanz für den Eigenbetrieb für das Geschäftsjahr 2012.
- einem unvollständigen Jahresabschluss für 2015 - ohne Abschreibungen, immerhin 5 Mio. Euro. Aus einem ordentlichen Gewinn von € 4,2 Mio. wird dadurch ein ordentlicher Verlust von € 0,4 Mio.
- Die Steuererträge für 2016 wurden im HFW-Ausschuss am 04. Februar um € 2,5 Mio. nach oben korrigiert. Ein warmer Regen aufgrund der guten Konjunkturlage. Kam das wirklich überraschend oder hätte man eine solche Entwicklung nicht bereits im Haushaltsentwurf vom November berücksichtigen können?

Wir planen auf der Basis von Haushaltsansätzen, Vermutungen oder Schätzungen. Das ist nicht nur sehr unbefriedigend für die UB – das sollte auch allen anderen Fraktionen zu denken geben. Wie können wir dem Bürger gegenüber Rechenschaft ablegen, wenn wir nicht wissen, wo wir stehen - wie die aktuelle Vermögens- und Ertragslage ist? Wir Stochern im Nebel. Dieser Zustand ist nicht akzeptabel. Es wird oft behauptet, eine öffentliche Verwaltung könne nicht mit

den Maßstäben gemessen werden, die in der „freien“ Wirtschaft gelten. Das sehen wir anders. In puncto Transparenz, Aktualität und Belastbarkeit von Ergebnissen sollte es keine Unterschiede geben. In diesem Punkt hinkt die Verwaltung weit hinter den üblichen Standards hinterher.

Was sind unsere politischen Schwerpunkte? Wo sehen wir Korrekturbedarf?

1. Abbau des Schuldenberges

Die Verbindlichkeiten der Stadt haben mittlerweile ein Niveau erreicht, das nicht mehr toleriert werden kann. Nicht nur in der absoluten Größe, sondern auch pro Kopf. Die Einwohnerzahl stagniert. Wir haben es in den vergangenen Jahren nicht geschafft, die Stadt attraktiver für junge Familien zu machen trotz der Neubaugebiete in Hahn und Pfungstadt. Die steigende Schuldenlast verteilt sich nach wie vor auf die gleiche Einwohnerzahl. Auch die Altersstruktur der Bürgerschaft wird uns in den nächsten Jahren noch große Probleme bereiten.

Um auch in der Zukunft handlungsfähig zu bleiben, streben wir eine Reduzierung der Neuverschuldung an. Wir hinterfragen deshalb alles und jedes – und wenn der Nutzen nicht plausibel ist, setzen wir den Rotstift an.

Diese akribische Arbeit kostet viel Zeit. Die Konjunktur läuft gut, die Zinsen verharren auf einem extrem niedrigen Niveau. Wenn wir jetzt nicht sparen, wann dann? Wir sind bereits heute mit dem Risiko steigender Zinsen konfrontiert. Bei einem Schuldenberg von € 90 Mio. wären Zinssteigerungen kaum zu verkraften.

Die Rückführung der Verbindlichkeiten hat höchste Priorität. Der Kassenkredit darf nicht zur Dauerschuld werden. Seine Nutzung muss auf den kurzfristigen Ausgleich von Liquiditätsschwankungen begrenzt bleiben.

Auch im privaten Bereich ist eine dauerhafte Inanspruchnahme des Dispokredites ungesund.

2. Erhalt des Immobilienvermögens.

Im Gegensatz zum normalen Häusle-Bauer tut die Stadt so gut wie nichts für den Erhalt und die Wertsteigerung ihres Immobilienvermögens. Einmal gebaut und dann verfallen lassen, das scheint die Strategie zu sein, die man seit Jahren und Jahrzehnten verfolgt. Es ist eine Strategie die dazu geführt hat, dass das Schwimmbad geschlossen werden musste; das Haus Hessenland – einst ein Vorzeigeobjekt – wurde sträflich vernachlässigt. In der Bahnhofstraße muss jetzt Mietern gekündigt werden, die jahrzehntelang dort wohnten, weil sich die Sanierung der Gebäude nicht mehr lohnt. Unsere Straßen gleichen einem Flickenteppich.

Immobilien sind ein gutes Stück Zukunftssicherung für uns und unsere Kinder. Überall ist jedoch der Investitionsstau oder Reparaturbedarf offensichtlich. Wir plädieren für die regelmäßige Wartung und Instandhaltung der städtischen Infrastruktur. Bauen und Abriss nach der betriebsüblichen Nutzungsdauer ist für uns keine Alternative. Diese Strategie der vergangenen Jahre lehnen wir strikt ab. Wir sind bereit die notwendigen Mittel für Wartung und Instandhaltung bereitzustellen, um die Vermögenswerte der Stadt (Immobilien, Straßen, technische Anlagen) zu erhalten.

Einige werden fragen, wie wir das finanzieren wollen. Die Modernisierung und energetische Sanierung von Gebäuden wird mit öffentlichen Mitteln bezuschusst. Wenn wir schon Satzungen beschließen, sollten sie auch angewandt werden. Wir haben immer noch keine Antwort bekommen, wer für die Gebühren- und Beitragsgeschenke, die in der Vergangenheit gewährt wurden, verantwortlich ist und wen wir dafür in Regress nehmen können. Seit Monaten wird rechtlich geprüft, ob und wenn ja, in welchem Umfang die Eigenschadenversicherung aufkommt.

Herr Bürgermeister, Sie sind bereits im April 2016 vom Pressesprecher des Landrates öffentlich aufgefordert worden die Eigenschadenversicherung der Stadt in Anspruch zu nehmen. Dies haben sie bisher unterlassen. Es geht, wie sie wissen, um nicht abgerechnete Straßenbaumaßnahmen. Wenn Anspruchsfristen verstreichen, verzichten wir auf eine Schadensregulierung in Millionenhöhe, die sie zu verantworten haben.

3. Schaffung von Wohnraum

Die Wohnungsnot ist offenkundig. Auch wir setzen uns für die Schaffung von Wohnraum ein. Aber für alle Altersgruppen und alle Einkommensklassen. Nur so können wir eine ausgewogene Sozialstruktur dauerhaft gewährleisten. Die Entwicklung und Bereitstellung von Bauland wird eine unserer größten Herausforderungen in den nächsten Jahren sein. Grundsätzlich sind wir bereit entsprechende Mittel in zukünftige Haushalte einzuplanen.

4. Jugend- und Seniorenbetreuung

Jugend und Senioren haben keine Lobby. Für beide Altersgruppen wurde in den vergangenen Jahren zu wenig getan. Hier besteht Nachholbedarf. Den Neubau des Skaterparks im Süden Pfungstadts halten wir für eine gute Lösung, um die Freizeitgestaltung von Jugendlichen zu bereichern. Dieses Projekt haben wir gerne unterstützt und

unterstützen es auch weiterhin trotz des Widerstands einiger Anwohner.

Auch die Senioren unserer Stadt sind sehr aktiv und haben ebenfalls ein Anrecht auf adäquate Unterstützung. Sanierung und/oder Bau von Pflegeheimen und/oder behindertengerechten Wohnungen kann nicht das alleinige Ziel sein, wenn unsere Senioren auf dem Weg dahin, schon mit ihren Rollatoren im Dreck auf kaputten oder unzureichend breiten Gehwegen stecken bleiben.

5. Ansiedlung von ertragsstarken Unternehmen

Es muss in Zukunft verstärkt darauf geachtet werden, dass Gewerbeflächen bevorzugt Unternehmen zum Verkauf angeboten werden, die folgende Kriterien erfüllen:

- Nachhaltiges Wachstum
- Hohe Wertschöpfung
- Zukunftstechnologien
- Angebot von qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen

Wir unterstützen die aktive Suche und gezielte Ansprache von Unternehmen, die diese Anforderungen erfüllen.

6. Schlanke Verwaltung – am Beispiel der Kindergärten

Gerade in der Kindergartendiskussion haben wir erleben müssen, dass die Verwaltung technologisch meilenweit hinterherhinkt und Daten nur scheinbar, in unterschiedlicher Qualität und in unterschiedlicher Quantität liefern konnte.

Wesentliche Daten mussten bisher mühselig manuell erfasst und aufbereitet werden. Wir haben uns nachdrücklich dafür eingesetzt, dass ein professionelles Softwareprogramm für die Verwaltung der Kitas angeschafft wird. Dies ist ein aktuelles Beispiel einer Investition, die dringend notwendig war. Sie wird dazu führen, dass wir in Zukunft auf der Basis gesicherter Daten planen und entscheiden können.

Nicht nur für die angesprochenen Kindergärten gilt, dass eine gute technische Ausstattung in Kombination mit der Fort- und Weiterbildung des Personals die Arbeit in den

Büros und auch im Außenbereich erleichtert. Nur motivierte Mitarbeiter sind gute Dienstleister im Interesse der Bürger. Fachliche Kompetenz und guter Service sind wesentliche Kriterien für die Wertschätzung in der Bürgerschaft.

7. Ordnung und Sicherheit

Für uns steht Ordnung nicht nur für Knöllchen für schnelles Fahren oder Falschparken, bei uns zählen dazu auch die Sicherheit und Ordnung auf der Straße und im persönlichen Umfeld dazu.

Und Sie werden es kaum glauben, zur Sicherheit für unsere Bürger zählt auch eine handlungsfähige und einsatzbereite Freiwillige Feuerwehr. Selbstverständlich werden wir niemals die gesetzlich vorgegebenen Richtlinien in Frage stellen; in Frage stellen wir aber all die Dinge, die man gerne unter dem Begriff „hätten-wir-gerne“ zusammenfassen könnte. Bei unserer Haushaltslage muss jeder verstehen, dass nicht jeder Wunschzettel erfüllt werden kann. Es ist nicht nur die Feuerwehr, alle Bereiche müssen sparen.

Liebe Stadtverordnete, wir entscheiden heute über einen Haushalt, der auf Kante genäht ist. Dies ist kein Grund uns selbstgefällig auf die Schulter zu klopfen. Die Schlüsselzuweisungen des Kreises haben sich seit 2015 verdoppelt, der defizitäre Bade- und Saunapark wurde geschlossen,

die Steuereinnahmen sprudeln aufgrund der soliden konjunkturellen Lage - eigentlich gute Voraussetzungen, um den Verlustvortrag abzubauen und die Neuverschuldung zu reduzieren.

Leider vermissen wir in der Verwaltung den Sparwillen.

Wir haben daher gemeinsam mit der CDU und den Freien Wählern eine Reihe von Anträgen auf den Weg gebracht, die – wohlgernekt ohne Stellenabbau – Effizienzsteigerungen in der Verwaltung und die Beschränkung auf Investitionen, die dem Bürger unmittelbar nützen, zum Ziel haben. Luxus können wir uns nicht leisten. Jeder wird gebraucht.

Unser Wahlslogan „Pfungstadt kann besser“ bedeutet nämlich sie, wir, wir alle!

Unsere Entscheidung, ob wir für oder gegen die HH-Satzung 2017 stimmen, wird sehr stark davon abhängen, in wie weit wir die Umsetzung unserer Zielvorstellung in den HH-Ansätzen wiederfinden. Vor einer endgültigen Entscheidung werden wir die Beschlüsse zu diesen Änderungsanträgen abwarten.

Herzlichen Dank